

BRV  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**Stadtwerke Halle GmbH,**  
Halle (Saale)

Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2012 und  
des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2012

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
A. Prüfungsauftrag.....	1
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung Geschäftsführung.....	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung .....	3
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung .....	6
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.....	6
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen.....	6
2. Jahresabschluss.....	6
3. Lagebericht.....	7
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	7
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	7
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen.....	7
E. Wirtschaftliche Verhältnisse, Wirtschaftsplan und andere Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages nach § 53 HGrG.....	8
I. Wirtschaftliche Verhältnisse.....	8
1. Vermögenslage .....	8
2. Finanzlage.....	12
3. Ertragslage .....	14
II. Wirtschaftsplan.....	17
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung .....	19
I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes .....	19
II. Schlussbemerkung.....	20

## **Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)**

### **Anlagenband**

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

## Abkürzungsverzeichnis

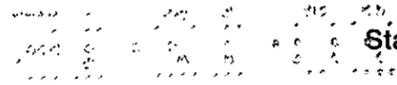
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
A/V/E	A/V/E GmbH, Halle (Saale)
ATZ	Altersteilzeit
AWH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale)
BHG	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale)
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIL	BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Verwaltungsgebäude Halle KG, Halle (Saale)
BMA	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle, Halle (Saale)
Cives	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale)
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EStG	Einkommensteuergesetz
EVH	EVH GmbH, Halle (Saale)
EWAG	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal GmbH, Braunsbedra
FAB	FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH, Halle (Saale)
FSA	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale)
FTZ	FTZ Freizeit und Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale)
FWV	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRN	Gesamtrechtsnachfolger
Hafen	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale)
HAL-San	HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L., Halle (Saale)

## Abkürzungsverzeichnis

HAVAG	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale)
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
HWS	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS	Prüfungsstandard des IDW
IT	Informationstechnik
ITC	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale)
KWT	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale)
Maya mare	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale)
Meter1	Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)
Meter1 Verwaltung	Meter1 Verwaltung GmbH
Netzgesellschaft A 14	Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)
Netzgesellschaft Halle	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale)
RAB	RAB Halle GmbH, Halle (Saale)
RPL	RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L., Schkopau
SHS	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale)
SWH	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)
TELONON	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale)
VBFV	Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag
VNG AG	VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
WER	WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale)
W+H	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale)
ZVK	Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen-Anhalt

## A. Prüfungsauftrag

### 1. Der Aufsichtsrat der



**Stadtwerke Halle GmbH,**

**Halle (Saale)**

(im Folgenden auch „SWH“ oder „Gesellschaft“ genannt)

wählte uns am 28. Juni 2012 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012. Mit Schreiben vom 06. November 2012 erteilte uns die Aufsichtsratsvorsitzende, Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 nach berufsrechtlichen Grundsätzen zu prüfen.

2. Die Gesellschaft hat gemäß § 16 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufzustellen. Auf der Grundlage von § 16 Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit § 121 Abs. 1 Nr. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt prüften wir nach den Vorschriften der §§ 317 ff. HGB.
3. Auftragsgemäß waren bei unserer Prüfung auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.
4. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir uns entsprechend den §§ 319 ff. HGB und den berufsrechtlichen Vorschriften von unserer Unabhängigkeit überzeugt haben.
5. Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (§ 321 HGB) und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) diesen Bericht, dem der von uns geprüfte Jahresabschluss sowie der geprüfte Lagebericht als Anlagen 1 bis 4 beigelegt sind.
6. Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung. Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Zur Prüfung nach den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG verweisen wir auf unsere Berichterstattung in Abschnitt E. sowie den Anlagenband. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.
7. Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3) sowie den Lagebericht (Anlage 4) beigelegt.

8. Die Anlage 5 enthält die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Grundlagen.
9. Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigelegten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2002 maßgebend.

## B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung Geschäftsführung

10. Nachfolgend fassen wir die Beurteilung der Lage der SWH durch die Geschäftsführung im Lagebericht (siehe Anlage 4) zusammen:
  - Die Geschäftsführung stellt im Lagebericht zunächst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die im Personalbereich und in der Führungsstruktur umgesetzten Veränderungen dar.
  - Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 Mio. € erzielt. Das Ergebnis lag unter den Erwartungen der Planung, war jedoch wesentlich von einmaligen Effekten beeinflusst.
  - Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 konnte die SWH zum dritten Mal in Folge den Finanzierungsbedarf des ÖPNV aus eigener Kraft, d.h. ohne Inanspruchnahme städtischer Haushaltsmittel, sicherstellen.
  - Die Umsatzerlöse betragen 3,3 Mio. € und resultieren insbesondere aus Weiterberechnungen gegenüber Tochterunternehmen für Management- / Personalmanagement- und Revisionsleistungen. Die im Geschäftsjahr 2012 aus Gewinnabführungsverträgen erzielten Erträge erreichten 35,8 Mio. € und lagen um 2,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert.
  - Bei den Stadtwerken kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.
  - Gegenwärtig bestehen nach Auffassung der Geschäftsführung keine den Bestand der SWH gefährdenden Risiken.
  - Die SWH ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mittelbar mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen verbunden. Für das Geschäftsfeld Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe werden in den nächsten Jahren weitere Einnahmeverluste als Folge des Bevölkerungsrückgangs und eines sparsamen Verbrauchsverhaltens erwartet. Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie die beihilferechtlichen Regelungen führen ebenso wie die europäische Marktöffnung im Geschäftsbereich Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und

Logistik zu absehbaren Wettbewerbsrisiken, welche eine stete Anpassung der Kostenstrukturen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau erforderlich machen.

- Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die Geschäftsführung, insbesondere wegen rückläufiger Ergebnisbeiträge im Geschäftsbereich Energie, einen Jahresfehlbetrag von rund 6 Mio. €.

11. Als Abschlussprüfer nehmen wir hierzu wie folgt Stellung:

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung der Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

**C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

12. Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.
13. Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.
14. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Über die Prüfung wird in Abschnitt E. sowie im Anlagenband berichtet.
15. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.
16. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gegenüber gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.
17. Die Prüfungsarbeiten haben wir im März und April 2013 durchgeführt.
18. Ausgangspunkt der Prüfung war der von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 12. April 2012 versehene Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011. Er

wurde am 28. September 2012 von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Die Offenlegung erfolgte entsprechend den gesetzlichen Vorschriften.

19. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltung, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.
20. Bei der Prüfung der Rückstellungen für Jubiläumswendungen, Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen haben uns versicherungsmathematische Gutachten vorgelegen, deren Ergebnisse wir verwerten konnten.
21. Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.
22. Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.
23. In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.
24. Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 317 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, erkannt hätten.

25. Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS zu Grunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
26. Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:
- Entwicklung der Finanzanlagen,
  - Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen sowie
  - weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
27. Ausgehend von der vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.
28. Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir u. a. Unternehmensverträge eingesehen und Saldenbestätigungen von Debitoren bzw. Kreditoren sowie Bank- und Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt. Des Weiteren wurden von uns Leistungsverträge und sonstige Belege eingesehen.
29. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

## **D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

30. Das Rechnungswesen wird von der SWH mit der Software SAP R3 erstellt. Die angewandte Software umfasst die Module Finanzbuchhaltung (incl. Kreditoren- und Debitorenbuchhaltung), Anlagenbuchhaltung sowie Lohn- und Gehaltsabrechnung.
31. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

#### **2. Jahresabschluss**

32. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.
33. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.
34. Soweit für Angaben in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bezüglich einer Angabe im Anhang bestehen, sind die entsprechenden Angaben weitgehend in den Anhang aufgenommen worden.
35. In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.
36. Der Jahresabschluss entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

### 3. Lagebericht

37. Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.
38. Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.
39. Insgesamt stellen wir fest, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und damit den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entspricht.

## II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

40. Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

### 2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

41. Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).
42. Die Finanzanlagen sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Da die Gründe für die in 2009 vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung auf die Anteile an der HWS nicht mehr bestehen, erfolgte eine Zuschreibung in Höhe von T€ 11.895 auf die historischen Anschaffungskosten (T€ 70.995).
43. Aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wurde die Beteiligung an der KWT (T€ 3.723) auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Weiterhin wurden Rückstellungen für drohende Zahlungsverpflichtungen gegenüber der KWT in Höhe von T€ 9.000 und Wertberichtigungen auf Darlehensforderungen gegenüber der KWT (T€ 2.472) gebildet.

44. Der gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag an die HAVAG zu zahlende Betriebskostenzuschuss wurde als Zugang beim Finanzanlagevermögen und als Abschreibung auf Finanzanlagen (T€ 19.682) erfasst. Der an die Maya mare gezahlte Betriebskostenzuschuss (T€ 1.341) wird unter den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

## E. Wirtschaftliche Verhältnisse, Wirtschaftsplan und andere Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages nach § 53 HGrG

### I. Wirtschaftliche Verhältnisse

#### 1. Vermögenslage

45. In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2012 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den Vorjahreswerten gegenübergestellt (vgl. Anlage 1). Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden aufgrund ihrer Finanzierungsfunktion dem langfristigen Kapital zugeordnet.

	31.12.2012		31.12.2011		+ / - T€
	T€	%	T€	%	
<b>VERMÖGENSSTRUKTUR</b>					
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	479	0,1	450	0,2	+29
Finanzanlagen	190.896	67,5	183.380	58,6	+7.516
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>191.375</b>	<b>67,6</b>	<b>183.830</b>	<b>58,7</b>	<b>+7.545</b>
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	44.395	15,7	46.466	14,7	-2.071
Wertpapiere	229	0,1	197	0,1	+32
Übrige Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten und Vorräte	3.913	1,4	3.612	1,2	+301
Flüssige Mittel	43.066	15,2	79.004	25,2	-35.938
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>91.603</b>	<b>32,4</b>	<b>129.279</b>	<b>41,3</b>	<b>-37.676</b>
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>282.978</b>	<b>100,0</b>	<b>313.109</b>	<b>100,0</b>	<b>-30.131</b>
<b>KAPITALSTRUKTUR</b>					
Eigenkapital	173.013	61,1	172.808	55,2	+205
Langfristige Rückstellungen	11.994	4,2	2.948	0,9	+9.046
Darlehen	24.299	8,6	20.700	6,6	+3.599
<b>Langfristiges Kapital</b>	<b>209.306</b>	<b>74,0</b>	<b>196.456</b>	<b>62,7</b>	<b>+12.850</b>
Kurzfristige Rückstellungen	2.925	1,0	2.178	0,7	+747
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	68.488	24,2	111.731	35,7	-43.243
Übrige Verbindlichkeiten	2.259	0,8	2.744	0,9	-485
<b>Kurzfristiges Kapital</b>	<b>73.672</b>	<b>26,0</b>	<b>116.653</b>	<b>37,3</b>	<b>-42.981</b>
<b>Gesamtkapital</b>	<b>282.978</b>	<b>100,0</b>	<b>313.109</b>	<b>100,0</b>	<b>-30.131</b>

46. Das Bilanzbild zeigt, dass dem langfristig gebundenen Vermögen ausreichend langfristige Mittel gegenüberstehen. Im kurzfristigen Bereich dominieren die Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Verbundbereich und die damit zusammenhängenden flüssigen Mittel (Cash-Pool). Die Bilanzsumme sank um T€ 30.131 oder 9,6 %. Für diese Entwicklung waren die flüssigen Mittel sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen maßgebend.

47. In immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investierte die SWH T€ 145. Den Investitionen stehen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von T€ 116 gegenüber.
48. Der Buchwert der Finanzanlagen beträgt T€ 190.896 und ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 7.516 gestiegen. Zugänge (T€ 22.232) und Zuschreibungen (T€ 11.895) stehen dabei Abschreibungen in Höhe von T€ 23.405 und Abgänge (T€ 3.206) gegenüber. Die Zugänge betreffen die HAVAG (T€ 19.682), die HWS (T€ 2.100) und die BHG (T€ 450). Die Zuschreibungen sind bei der HWS (T€ 11.895) und Abschreibungen waren bei der HAVAG (T€ 19.682) und bei der KWT (T€ 3.723) zu berücksichtigen.

49. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	+ / - T€
	T€	T€	
Ergebnisabführungsverträge	34.793	37.024	-2.231
Cash-Pool	7.270	7.692	-422
Lieferungen und Leistungen	1.347	877	+470
Umsatzsteuer	906	834	+72
Insolvenzicherung ATZ	79	39	+40
	<b>44.395</b>	<b>46.466</b>	<b>-2.071</b>

50. Das Eigenkapital erhöhte sich aufgrund des Jahresüberschusses um T€ 205 auf T€ 173.013.

51. Den langfristigen Rückstellungen wurden folgende Beträge zugeordnet:

	31.12.2012	31.12.2011	+ / - T€
	T€	T€	
Zahlungsverpflichtungen KWT	9.000	0	+9.000
Rückzahlungsrisiko erhaltener Dividenden	1.536	1.536	+0
Altersteilzeit	918	829	+89
Drohverlustrückstellung	463	514	-51
Betriebsjubiläen	32	25	+7
Archivierung	20	20	+0
Pensionsrückstellungen	18	18	+0
Sterbegeld	7	6	+1
	<b>11.994</b>	<b>2.948</b>	<b>9.046</b>

52. Die Darlehensverbindlichkeiten erhöhten sich aufgrund einer Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 6.000, der Tilgungen in Höhe von T€ 2.401 gegenüberstehen, von T€ 20.700 im Vorjahr auf T€ 24.299.

53. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	+ / -
	T€	T€	T€
Cash-Pool	66.218	109.362	-43.144
Ergebnisabführungsverträge	1.306	1.569	-263
Insolvenzversicherung ATZ	718	557	+161
Lieferungen und Leistungen	196	173	+23
Anrechenbare Steuern	50	70	-20
	<u>68.488</u>	<u>111.731</u>	<u>-43.243</u>

54. Den Bilanzaufbau der SWH verdeutlichen auch folgende finanzwirtschaftliche Kennzahlen:

	31.12.2012	31.12.2011	+ / -
	T€	T€	T€
Bilanzsumme (T€)	282.978	313.109	-30.131
Eigenkapital (T€)	173.013	172.808	+205
Dgl. Anteil an der Bilanzsumme (%)	61,1	55,2	+5,9
Deckung des langfristig gebundenen Vermögens durch langfristiges Kapital (%)	109,0	107,0	+2,0
	T€	T€	T€
Kurzfristig gebundenes Vermögen	91.603	129.279	-37.676
Kurzfristiges Kapital	73.672	116.653	-42.981

## 2. Finanzlage

55. Die nachfolgende Kapitalflussrechnung haben wir in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 2 erstellt.

	2012	2011
	T€	T€
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	+1.546	+8.941
Abschreibungen (GuV - Posten 4)	+114	+86
Zuschreibung Finanzanlagen	-11.895	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	+23.405	+21.705
Veränderung der Rückstellungen	+9.793	-2.888
Saldo sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-714
	<u>+22.963</u>	<u>+27.130</u>
Erhöhung / Verminderung des Saldos der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen	+1.968	-24.031
Abnahme / Zunahme der Vorräte, der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-916	-1.531
Abnahme / Zunahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-321	+1.162
Zahlungswirksamer außerordentlicher Aufwand	-1.341	-1.417
<b>Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<u>+22.353</u>	<u>+1.313</u>
Investitionen in immaterielles Anlagevermögen und in Sachanlagen	-145	-57
Abgänge Sachanlagen (Buchwert)	+3	+50
Abgänge Finanzanlagen (Buchwert)	+3.206	+197
Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-22.232	-20.976
<b>Cash-flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<u>-19.168</u>	<u>-20.786</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	+6.000	0
Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen	-2.401	-2.988
Veränderung der Cash-Pool-Verbindlichkeiten bei Konzernunternehmen	-42.722	+15.497
<b>Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<u>-39.123</u>	<u>+12.509</u>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<u>-35.938</u>	<u>-6.964</u>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+79.004	+85.968
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<u>+43.066</u>	<u>+79.004</u>

56. Der Finanzmittelfonds enthält ausschließlich den in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an flüssigen Mitteln (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten). Dem Bestand stehen im Saldo Cash-Pool-Verbindlichkeiten (gegenüber verbundenen Unternehmen und der KWT) in Höhe von T€ 58.835 (Vorjahr T€ 102.134) gegenüber.
57. Insbesondere wegen der unterschiedlichen Entwicklung des Saldos der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen stieg der Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 1.313 im Vorjahr auf T€ 22.353.
58. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit betrifft mit T€ 19.682 insbesondere den Betriebskostenzuschuss an die HAVAG.
59. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (T€ 39.123) resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool um T€ 42.722. Weiterhin stehen einer Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 6.000 Darlehenstilgungen in Höhe von T€ 2.401 gegenüber.
60. Der Finanzmittelfonds verringerte sich von T€ 79.004 im Vorjahr auf T€ 43.066.

### 3. Ertragslage

61. In der folgenden Übersicht wurde die Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

	2012		2011		+ / - T€
	T€	%	T€	%	
<b>ERGEBNISSTRUKTUR</b>					
Umsatzerlöse	3.257	8,2	2.185	5,2	+1.072
Erträge aus Finanzanlagen					
Beteiligungserträge	214	0,5	940	2,2	-726
Gewinnabführungen	34.793	87,1	37.024	87,6	-2.231
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	133	0,3	143	0,3	-10
Zinserträge	884	2,2	1.452	3,4	-568
Übrige betriebliche Erträge	658	1,7	548	1,3	+110
<b>Betriebsleistung</b>	<b>39.939</b>	<b>100,0</b>	<b>42.292</b>	<b>100,0</b>	<b>-2.353</b>
Personalaufwand	5.323	13,3	4.465	10,6	+858
Abschreibungen	114	0,3	86	0,2	+28
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.306	3,3	1.569	3,7	-263
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	19.682	49,3	21.145	50,0	-1.463
Zinsaufwendungen	1.134	2,8	1.829	4,3	-695
Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	6.662	16,7	5.626	13,3	+1.036
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>34.221</b>	<b>85,7</b>	<b>34.720</b>	<b>82,1</b>	<b>-499</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>5.718</b>	<b>14,3</b>	<b>7.572</b>	<b>17,9</b>	<b>-1.854</b>
Neutrale Erträge	12.332	30,9	28	0,1	+12.304
Neutrale Aufwendungen	16.593	41,5	2.014	4,8	+14.579
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>-4.261</b>	<b>-10,6</b>	<b>-1.986</b>	<b>-4,7</b>	<b>-2.275</b>
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b>+1.457</b>	<b>3,6</b>	<b>+5.586</b>	<b>13,2</b>	<b>-4.129</b>
Ertragsteuern	+1.252	3,2	-1.938	-4,6	+3.190
<b>Jahresergebnis</b>	<b>205</b>	<b>0,5</b>	<b>7.524</b>	<b>17,8</b>	<b>-7.319</b>

62. Die Ertragslage ist im Vergleich zum Vorjahr insbesondere von rückläufigen Erträgen aus Gewinnabführungen, höheren Aufwendungen für die Risikovorsorge bei der KWT und Aufwendungen für Ertragsteuern (im Vorjahr Ertrag aus Steuererstattungen) gekennzeichnet. Der Jahresüberschuss ging gegenüber dem Vorjahr um T€ 7.319 auf T€ 205 zurück.

63. Die Umsatzerlöse (T€ 3.257; Vorjahr T€ 2.185) resultieren insbesondere aus Dienstleistungen für die Tochtergesellschaften. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass seit 2012 das gesamte Personalmanagement für die Tochtergesellschaften erbracht wird. Bis 2011 wurden im Rahmen des Personalmanagements nur die Entgeltabrechnungen durchgeführt.

64. Für die Ertragslage der SWH sind einerseits die Beteiligungserträge und Erträge aus Gewinnabführungen sowie andererseits die Aufwendungen aus Verlustübernahmen einschließlich HAVAG (Abschreibungen auf Finanzanlagen) prägend. Dies zeigt auch die folgende Übersicht:

	2012 T€	2011 T€	+ / - T€
<b>Beteiligungserträge</b>			
A/V/E	138	147	-9
Trianel	59	0	59
Energieunion	17	0	17
KWT	0	142	-142
AWH	0	651	-651
	<u>214</u>	<u>940</u>	<u>-726</u>
<b>Gewinnabführungen</b>			
EVH	24.352	23.021	1.331
HWS	9.021	9.067	-46
ITC	1.139	1.663	-524
HAVAG	0	3.000	-3.000
Andere	281	273	8
	<u>34.793</u>	<u>37.024</u>	<u>-2.231</u>
<b>Abschreibungen Finanzanlagen</b>			
HAVAG	19.682	20.976	-1.294
<b>Verlustübernahmen</b>			
Hafen	961	1.264	-303
SHS	216	305	-89
HAVAG	129	0	129
	<u>1.306</u>	<u>1.569</u>	<u>-263</u>
<b>Summe</b>	<b><u>14.019</u></b>	<b><u>15.419</u></b>	<b><u>-1.400</u></b>

65. Der Personalaufwand beträgt T€ 5.323 gegenüber T€ 4.465 im Vorjahr. Der Anstieg ist insbesondere auf die höhere Mitarbeiterzahl (2012 durchschnittlich 75 Angestellte, Vorjahr durchschnittlich 54 Angestellte) und eine Erhöhung der Vergütungen zurückzuführen.

66. Im Rückgang des Betriebsergebnisses um T€ 1.854 spiegeln sich hauptsächlich die Ergebnisentwicklungen der Konzernunternehmen wider.

67. Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€
<b>Neutrale Erträge</b>		
Zuschreibung auf Finanzanlagen	11.895	0
Ausbuchung Verbindlichkeit	405	0
Auflösung von Rückstellungen	0	17
Sonstige	32	11
	<u>12.332</u>	<u>28</u>
<b>Neutrale Aufwendungen</b>		
Rückstellung Zahlungsrisiken KWT	9.000	0
Zuführung EWB Darlehen KWT	2.472	0
Abschreibungen Finanzanlagen		
KWT	3.723	0
AWH	0	559
Betriebskostenzuschuss		
Maya mare	1.341	1.417
Sonstige	57	38
	<u>16.593</u>	<u>2.014</u>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b><u>-4.261</u></b>	<b><u>-1.986</u></b>

68. Das Ergebnis vor Ertragsteuern (T€ 1.457) ist um T€ 4.129 niedriger als im Vorjahr. Nach Abzug des Aufwandes für Ertragsteuern (T€ 1.252) verbleibt ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 205 gegenüber T€ 7.524 im Vorjahr.

69. Die Geschäftsführung schlägt vor, das Jahresergebnis (T€ 205) in die Gewinnrücklagen einzustellen.

## II. Wirtschaftsplan

70. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 wurde vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 15. Dezember 2011 beschlossen. Die Gegenüberstellung von Plan und Ist des Erfolgsplanes 2012 zeigt folgendes Bild:

	Plan	Ist	+ / -
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.346	3.256	+910
Sonstige betrieblich Erträge	0	12.990	+12.990
Personalaufwand	-4.522	-5.323	-801
Abschreibungen	-110	-114	-4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.104	-18.192	-11.088
Beteiligungsergebnis	559	347	-212
Zinserträge	1.244	884	-360
Zinsaufwand	-2.289	-1.134	+1.155
Außerordentlicher Aufwand	-20.397	-24.746	-4.349
Erträge aus Gewinnabführungen	32.452	34.793	+2.341
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-1.008	-1.306	-298
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-233	-1.252	-1.019
Sonstige Steuern	0	2	+2
Jahresüberschuss	938	205	-733

71. Bei der Aufstellung wurden die Ist-Zahlen an die Gliederung der Planzahlen angepasst.

## III. Feststellungen aus Erweiterung des Prüfungsauftrages nach § 53 HGrG

72. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW „nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen“ veröffentlichten IDW PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.
73. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.
74. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und im Anlagenband dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

## F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung

### I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

75. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 26. April 2013 den nachfolgend wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

#### „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**Stadtwerke Halle GmbH,  
Halle (Saale)**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Bei der Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB haben wir die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

### II. Schlussbemerkung

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und / oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Halle (Saale), 26. April 2013



BRV AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

  
Kanne

Wirtschaftsprüfer

  
Noack

Wirtschaftsprüfer





---

## Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2012
- Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012
- Anlage 3 Anhang für das Geschäftsjahr 2012
- Anlage 4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012
- Anlage 5 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2002

**Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)**

**Bilanz zum 31. Dezember 2012**

**AKTIVA**

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software	21.762,16	6.844,26
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	457.014,82	443.663,94
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	179.029.477,98	164.584.473,41
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	621.207,77	827.591,28
3. Beteiligungen	9.245.145,00	12.967.955,27
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.000.000,00	5.000.000,00
	<u>190.895.830,75</u>	<u>183.380.019,96</u>
	<u>191.374.607,73</u>	<u>183.830.528,16</u>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Vorräte		
Geleistete Anzahlungen	0,00	107.742,50
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.425,92	12.081,45
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	44.394.890,51	46.465.624,54
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.370.965,80	4.828,66
4. Sonstige Vermögensgegenstände	454.404,75	3.233.235,19
	<u>48.237.686,98</u>	<u>49.715.769,84</u>
III. Sonstige Wertpapiere	228.813,00	197.094,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	43.065.625,94	79.003.519,24
	<u>91.532.125,92</u>	<u>129.024.125,58</u>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	71.490,44	254.800,51
	<u>282.978.224,09</u>	<u>313.109.454,25</u>

**PASSIVA**

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	30.000.000,00	30.000.000,00
II. Kapitalrücklage	26.380.590,33	26.380.590,33
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	116.426.853,83	108.903.150,36
Jahresüberschuss	205.611,88	7.523.703,47
	<u>173.013.056,04</u>	<u>172.807.444,16</u>
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.189,00	17.707,00
2. Steuerrückstellungen	2.358.344,00	1.590.244,00
3. Sonstige Rückstellungen	12.542.358,33	3.517.706,57
	<u>14.918.891,33</u>	<u>5.125.657,57</u>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.351.617,19	20.792.472,23
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	338.626,59	361.999,52
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	68.487.802,50	111.730.966,14
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	464.220,99
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.868.230,44	1.826.693,64
davon aus Steuern EUR 1.391.929,28 (Vj.: TEUR 1.157)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 421.992,15 (Vj.: TEUR 11)		
	<u>95.046.276,72</u>	<u>135.176.352,52</u>
	<u>282.978.224,09</u>	<u>313.109.454,25</u>

## Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

### Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	3.256.505,80	2.184.918,34
2. Sonstige betriebliche Erträge	12.989.930,49	576.517,02
	<u>16.246.436,29</u>	<u>2.761.435,36</u>
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.068.167,61	3.581.287,29
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 635.550,32 (Vj.: TEUR 366)	1.254.715,33	883.946,24
	<u>5.322.882,94</u>	<u>4.465.233,53</u>
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	113.791,79	85.660,05
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.192.018,04	5.660.918,38
	<u>-7.382.256,48</u>	<u>-7.450.376,60</u>
6. Erträge aus Beteiligungen	213.887,28	940.405,12
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 651)		
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	34.793.170,61	37.024.242,38
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 34.793.170,61 (Vorjahr: TEUR 37.024)		
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	132.574,03	143.093,01
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 36.347,09 (Vorjahr: TEUR 46)		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	883.720,94	1.451.604,87
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 60.865,31 (Vorjahr: TEUR 132)		
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	23.404.586,74	21.705.259,58
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.305.907,21	1.569.079,78
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.133.671,77	1.828.882,76
davon an verbundene Unternehmen: EUR 121.180,23 (Vorjahr: TEUR 585)		
	<u>10.179.187,14</u>	<u>14.456.123,26</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>2.796.930,66</u>	<u>7.005.746,66</u>
14. Außerordentliche Aufwendungen	1.341.038,17	1.417.000,00
15. Außerordentliches Ergebnis	-1.341.038,17	-1.417.000,00
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.252.161,61	-1.937.701,81
17. Sonstige Steuern	-1.881,00	2.745,00
18. Jahresüberschuss	<u>205.611,88</u>	<u>7.523.703,47</u>

# Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

## Anhang für das Geschäftsjahr 2012



### Inhaltsübersicht

- I. Allgemeine Angaben
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- III. Erläuterungen zur Bilanz
- IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- V. Sonstige Angaben
- VI. Gewinnverwendungsvorschlag

## I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages sowie des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Für die **Gewinn- und Verlustrechnung** kommt das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB zur Anwendung.

## II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

**Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die planmäßigen **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden nach der linearen Methode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Gegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten im Einzelfall EUR 410,00 nicht übersteigen, werden im Jahr ihres Zugangs vollständig abgeschrieben. Innerhalb der Geschäftsjahre 2008 und 2009 angeschaffte Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall über EUR 150,00 betragen und EUR 1.000,00 nicht überschritten, wurden in einen Sammelposten (Pool-Bewertung) eingestellt und werden über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** werden mit ihren Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorliegen, sind die Beteiligungsbuchwerte um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert angesetzt.

Die verzinslichen Ausleihungen sind mit Nennwerten angesetzt.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** werden zum Nennwert unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen angesetzt. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2012 diskontiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden.

**Wertpapiere des Umlaufvermögens** sind mit ihren Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen auf den Kurswert zum 31. Dezember 2012 ausgewiesen.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

Unter den **Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesene Prämienzahlungen für Zinscaps werden linear über die Laufzeit des Caps aufwandswirksam abgeschrieben.

Der erforderlichen Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). **Latente Steuern** werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Bei der SWH werden nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von aktuell 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen auf Verlustvorträgen und vor allem auf Ansatzunterschieden bei der SWH und den Tochterunternehmen im Organkreis. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen, Pensionsrückstellungen, Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen. Passive latente Steuern resultieren aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Finanzanlagen, Sachanlagen und Verbindlichkeiten.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem im Gesellschaftsvertrag festgesetzten Stammkapital und der Eintragung im Handelsregister.

**Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern** sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem ~~Projected Unit Credit~~ <sup>Projected Unit Credit</sup>-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2006 G von Prof. Dr. Klaus Heußbeck ermittelt.

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen dotiert.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB alt bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

**Derivative Finanzinstrumente** werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

## I. Erläuterungen zur Bilanz

### 1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in einem **Anlagenspiegel** (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Die **Abschreibungen des Geschäftsjahres** sind ebenfalls dort vermerkt.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. Es wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

## 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen haben folgende Zusammensetzung:

	Restlauf- zeit bis 1 Jahr TEUR	Restlauf- zeit über ein Jahr TEUR	31.12.2012 Gesamt TEUR
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	17	0	17
<i>(Vorjahr)</i>	(12)	(0)	(12)
<b>Forderungen gegen verbundene Unternehmen</b>	44.395	0	44.395
<i>(Vorjahr)</i>	(46.466)	(0)	(46.466)
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	1.347	0	1.347
<i>(Vorjahr)</i>	(902)	(0)	(902)
<i>davon Sonstige</i>	45.119	0	45.119
<i>(Vorjahr)</i>	(45.564)	(0)	(45.564)
<b>Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	3.371	0	3.371
<i>(Vorjahr)</i>	(5)	(0)	(5)
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	5	0	5
<i>(Vorjahr)</i>	(5)	(0)	(5)
<i>davon Sonstige</i>	2.242	0	2.242
<i>(Vorjahr)</i>	(0)	(0)	(0)
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	356	19	455
<i>(Vorjahr)</i>	(3.210)	(23)	(3.233)
<i>davon gegen Gesellschafterin Stadt Halle (Saale)</i>	0	0	0
<i>(Vorjahr)</i>	(143)	(0)	(143)
<b>Gesamt</b>	48.219	19	48.238
<i>(Vorjahr)</i>	(49.693)	(23)	(49.716)

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** setzen sich zusammen aus Forderungen im Rahmen bestehender Ergebnisabführungsverträge (TEUR 34.793), Forderungen im Rahmen des Cash Pools (TEUR 7.270), Forderungen aus Organschaftsverhältnissen (TEUR 906), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1.347) sowie Forderungen zur Weiterleitung an ein Kreditinstitut im Rahmen eines Anlagemodells zur Insolvenzversicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen (TEUR 79).

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Forderungen aus Darlehen (TEUR 5.725), Forderungen im Rahmen des Cash Pools (TEUR 113) sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 41).

Es wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 2.508 vorgenommen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten im Wesentlichen Erstattungsguthaben aus Steuern (TEUR 366) sowie Forderungen aus Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 5 KStG n. F. (TEUR 23). Des Weiteren beinhalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen gegen einen Kommanditisten der Maya mare GmbH & Co. KG im Rahmen der Neuordnung der Kommanditanteile (TEUR 64) sowie Forderungen aus Zinsabgrenzung (TEUR 22). Bei dem letzten Vermögensgegenstand handelt es sich um antizipative Posten.

## 3. Guthaben bei Kreditinstituten

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind TEUR 718 Termingelder ausgewiesen, die der Insolvenzversicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter eines Tochterunternehmens in einem sogenannten Anlagemodell dienen. Diese Termingelder sind für den Insolvenzfall verpfändet und nicht frei verfügbar.

## 4. Rechnungsabgrenzungsposten

Zur Zinssicherung laufender variabler Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden hier aktiviert und werden über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben.

Das Gesamtsicherungsvolumen der Caps beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 8.650.

Die Summe der hier ausgewiesenen Buchwerte beträgt zum 31. Dezember 2012 TEUR 59.

Gemäß Stichtagsbewertung (Ableitung aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstruments) beläuft sich die Summe der Marktwerte der Caps zum 31. Dezember 2012 auf TEUR 0.

## 5. Eigenkapital

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt TEUR 30.000 und wird zu 100 % von der Stadt Halle (Saale) gehalten.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 28. September 2012 ist der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von TEUR 7.524 in die **anderen Gewinnrücklagen** eingestellt worden.

## 6. Rückstellungen

Die Rückstellungen enthalten:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18	18
Steuerrückstellungen	2.358	1.590
Sonstige Rückstellungen	12.543	3.518
	<u>14.919</u>	<u>5.126</u>

Für die **Pensionsrückstellungen** wurde die versicherungsmathematische Berechnung gemäß HGB i. d. F. des BilMoG vorgenommen. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von 1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Er beträgt 5,15 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen im Wesentlichen ungewisse Verbindlichkeiten aus drohenden Zahlungsverpflichtungen (TEUR 9.000), Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 918), Rückstellungen für Tantiemen und erfolgsabhängige Vergütungen (TEUR 196) sowie ausstehende Rechnungen (TEUR 83).

Zur Sicherung der Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen sind Termingeldanlagen verpfändet und somit auf den Zugriff aller Gläubiger entzogen. Aufgrund dessen wurde der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen (TEUR 1.216) mit dem korrespondierenden Zeitwert der Vermögensgegenstände (TEUR 298) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die Anschaffungskosten betragen TEUR 144. Die Verpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen mittleren Restlaufzeit von drei Jahren ergibt. Zudem wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären Rückstellungen für drohende Verluste und Rückstellungen für die Aufbewahrung bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 abzuzinsen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht indem die Auflösung unterlassen worden ist. Zum 1. Januar 2010 betrug der Überdeckungsbetrag TEUR 316, zum 31. Dezember 2010 TEUR 222 und zum 31. Dezember 2012 TEUR 163.

## 7. Verbindlichkeiten

Unterteilt nach den Restlaufzeiten stellen sich die Verbindlichkeiten wie folgt dar:

	Restlaufzeit bis 1 Jahr TEUR	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre TEUR	Restlaufzeit über 5 Jahre TEUR	31.12.2012 Gesamt TEUR
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	2.708	14.040	7.603	24.351
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(2.032)</i>	<i>(12.760)</i>	<i>(6.000)</i>	<i>(20.792)</i>
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	339	0	0	339
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(362)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(362)</i>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</b>	67.770	718	0	68.488
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(111.174)</i>	<i>(557)</i>	<i>(0)</i>	<i>(111.731)</i>
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	195	0	0	195
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(173)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(173)</i>
<i>davon Sonstige</i>	67.575	718	0	68.293
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(111.001)</i>	<i>(557)</i>	<i>(0)</i>	<i>(111.558)</i>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	0	0	0	0
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(464)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(464)</i>
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	1.408	460	0	1.868
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(1.367)</i>	<i>(460)</i>	<i>(0)</i>	<i>(1.827)</i>
<i>davon gegen Gesellschafterin Stadt Halle (Saale)</i>	457	0	0	457
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(861)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(861)</i>
<b>Gesamt</b>	<u>72.225</u>	<u>15.218</u>	<u>7.603</u>	<u>95.046</u>
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(115.399)</i>	<i>(13.777)</i>	<i>(6.000)</i>	<i>(135.176)</i>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen Verbindlichkeiten im Rahmen des Cash Pools (TEUR 66.218), Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen (TEUR 1.306), Verbindlichkeiten aus für ein Konzernunternehmen zur Insolvenzsicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen angelegten Termingeldern (TEUR 718), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 195) sowie Verbindlichkeiten aus steuerlicher Organschaft (TEUR 50).

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern enthalten.

### III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bei den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung handelt es sich um die für eine geschäftsleitende Holding typischen Erträge und Aufwendungen.

Bei den unter den **Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** ausgewiesenen Beträgen handelt es sich um Abschreibungen in Anwendung des § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten Zuschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 11.895.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten TEUR 6 periodenfremde Aufwendungen.

Von den **Zinsaufwendungen** entfallen TEUR 45 auf die Aufzinsung langfristiger Rückstellungen gemäß § 277 Abs. 5 HGB.

In den **außerordentlichen Aufwendungen** sind ertragswirksame Betriebskostenzuschüsse an die Maya mare GmbH & Co. KG (TEUR 1.341) ausgewiesen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** belasten ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

### IV. Sonstige Angaben

#### 1. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

#### 2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen / Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Zwischen der Stadt Halle (Saale), der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) und der SWH besteht ein Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag. Im Rahmen dieses Vertrages erbringen die Stadt Halle (Saale) und die SWH zweckgebundene Zuschüsse an die HAVAG. Für das Jahr 2013 betragen diese voraussichtlich insgesamt TEUR 22.501.

Aus einem zwischen dem Leasinggeber, der SWH und der EVH abgeschlossenen Leasingvertrag für das Verwaltungsgebäude Halle, Bornknechtstraße, ergeben sich für die Restlaufzeit des Vertrages (5,5 Jahre) TEUR 14.972 finanzielle Verpflichtungen. Das Leasinggeschäft dient der langfristigen Verbesserung der Liquiditätssituation und der Verbesserung der Eigenkapitalquote.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Werbe- und Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 329.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen.

Für mittelbare Pensionszusagen im Rahmen einer Unterstützungskasse beträgt der Fehlbeitrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB TEUR 410 am 31. Dezember 2012.

### 3. Derivative Finanzinstrumente

Zur Zinssicherung laufender variabler Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien sind im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und werden über den Zinnsicherungszeitraum linear abgeschrieben. Das Gesamtsicherungsvolumen der Caps beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 8.650. Die Summe der hier ausgewiesenen Buchwerte beträgt zum 31. Dezember 2012 TEUR 59. Gemäß Stichtagsbewertung (Ableitung aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstrumentes) beläuft sich die Summe der Marktwerte der Caps zum 31. Dezember 2012 auf TEUR 0.

Die SWH hat im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für variabel verzinsliche Darlehen zwei Zinsswaps mit einem Nominalwert von Mio. EUR 21 am Bilanzstichtag und einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2016 erworben. Das Sicherungsvolumen am 31. Dezember 2012 beträgt EUR Mio. 20. Zum Bilanzstichtag verzeichneten die Swaps einen negativen Marktwert von TEUR 1.361. Aufgrund der Bildung einer Bewertungseinheit mit dem zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) ist die Bildung einer Drohverlustrückstellung unterblieben. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

### 4. Geschäftsführung

**Geschäftsführer** der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr François Girard (bis 30. November 2012), Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2012 TEUR 653 (Vorjahr TEUR 675).

### 5. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2012 an:

Vorsitzender:	Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) (seit 6. Dezember 2012)
Vorsitzende:	Dagmar Szabados Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) (bis 30. November 2012)
Stellv. Vorsitzender:	Lothar Philipp Bezirksgeschäftsführer der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd
	Stephanie Berend Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
	Udo Böcker Betriebsratsvorsitzender der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
	Bernhard Bönisch Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
	Steffen Gärtner Sachgebietsleiter Gebäudemanagement der EVH GmbH / Mitglied des Betriebsrates der EVH GmbH
	Stefan Hilbig Fachbereichssekretär der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd (seit 28. September 2012)
	Gerry Kley Geschäftsführer der BIANCON Gesellschaft für Biotopanalyse und Consulting GmbH
	Burkhard Kocian Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH

Erhard Koppitz  
 Bezirksleiter des Bezirkes Halle-Magdeburg der IG BCE  
 (bis 28. September 2012)

Johannes Krause  
 DGB-Regionsvorsitzender Halle-Dessau

Hendrik Lange  
 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

Monika Liedtke  
 Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und  
 Stadtwirtschaft GmbH  
 (seit 28. September 2012)

Eckard Mahlert  
 Bereichsleiter Finanzen und Rechnungswesen der Hallesche  
 Verkehrs-Aktiengesellschaft  
 (bis 28. September 2012)

Raik Müller  
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität  
 Halle-Wittenberg

Elisabeth Nagel  
 Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion  
 Sachsen-Anhalt-Thüringen

Renate Otto  
 Leiterin Rechtsabteilung der Hallesche  
 Verkehrs-Aktiengesellschaft  
 (seit 28. September 2012)

Ulrich Richter  
 Betriebsratsvorsitzender der Hallesche  
 Verkehrs-Aktiengesellschaft  
 (bis 28. September 2012)

Dietmar Wehrich  
 Angestellter im Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 33.

## 6. Beteiligungen

Die Gesellschaft besitzt von folgenden Unternehmen mindestens den fünften Teil der Anteile:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteile %	Eigenkapital EUR	Ergebnis letztes Geschäftsjahr EUR
<b>A. Unmittelbare Beteiligungen</b>			
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale)	100,0	83.582.738,87	- 1)
EVH GmbH, Halle (Saale)	100,0	77.917.373,71	- 1)
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale)	100,0	68.897.778,95	- 1)
Hafen Halle GmbH, Halle (Saale)	100,0	731.102,56	- 1)
TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale)	100,0	25.564,59	- 1)
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale)	100,0	48.396,21	1.434,76
IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale)	100,0	521.626,87	- 1)
RAB Halle GmbH, Halle (Saale)	100,0	1.707.907,42	- 1)
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale)	100,0	5.807.200,28	2.335.301,45
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale)	100,0	21.878,99	- 1)
Bäder Halle GmbH, Halle (Saale)	100,0	788.968,64	15.030,38
Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale)	82,4	3.518.293,14	0,00 <sup>2)3)</sup>
RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L., Schkopau	75,1	75.664,52	-18.463,45
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale)	50,0	763.015,30	-9.575.234,98
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale)	50,0	119.571,90	-12.958,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i.L., Halle (Saale)	30,0	173.451,73	-147.993,04 <sup>4)</sup>
A/V/E GmbH, Halle (Saale)	23,9	1.861.114,55	313.847,88
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra	20,0	816.643,84	214.429,62 <sup>9)</sup>

<sup>1)</sup> Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht

<sup>2)</sup> Weitere mittelbare Beteiligung über Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH in Höhe von 12,5 %

<sup>3)</sup> Vor Belastung auf Kapitalkonten

<sup>4)</sup> Angaben für 2000

<sup>9)</sup> Angaben für 2011

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteile %	Eigenkapital EUR	Ergebnis letztes
			Geschäftsjahr EUR
<b>B. Mittelbare Beteiligungen</b>			
Cives Dienste GmbH, Halle (Saale)	100,0	25.000,00	- <sup>6)</sup>
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale)	100,0	224.616,70	- <sup>6)</sup>
Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale)	100,0	25.000,00	- <sup>7)</sup>
WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale)	60,0	664.427,98	22.605,55
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale)	51,0	129.084,70	1.118,34
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	51,0	4.662.646,01 <sup>9)</sup>	2.587,92 <sup>9)</sup>
Saalebus GmbH, Halle (Saale)	50,0	130.460,69	-45.989,56
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)	33,3	317.178,22	-595.892,45 <sup>5)</sup>
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale)	33,3	27.420,58	1.052,05
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH, Halle (Saale)	30,0	25.564,60	0,00 <sup>4) 8)</sup>

## 9. Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2012 wurden durchschnittlich 75 Angestellte beschäftigt, davon befanden sich drei Mitarbeiter in der Aktivphase der Altersteilzeit.

## 10. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angaben im Konzernabschluss der SWH enthalten sein werden.

<sup>5)</sup> Vor Belastung auf Kapitalkonten

<sup>6)</sup> Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag mit der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

<sup>7)</sup> Ergebnisabführungsvertrag mit der EVH GmbH

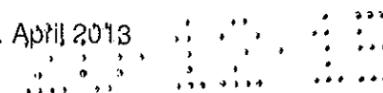
<sup>8)</sup> Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag mit der HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.

<sup>9)</sup> Angaben für 2011

## V. Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2012 von EUR 205.611,88 in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Halle (Saale), den 22. April 2013



Die Geschäftsführung

Matthias Lux  
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012

	Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	Vortrag 01.01.2012	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2012	Vortrag 01.01.2012	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen	Abgänge	Stand 31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
Software	52.876,01	23.713,62	0,00	76.589,63	46.031,75	8.795,72	0,00	0,00	54.827,47	21.762,16	6.844,26
<b>II. Sachanlagen</b>											
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.382.411,92	121.221,38	14.782,77	1.488.850,53	938.747,98	104.996,07	0,00	11.908,34	1.031.835,71	457.014,82	443.663,94
<b>III. Finanzanlagen</b>											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	646.996.611,43	22.231.776,47	0,00	669.228.387,90	482.412.138,02	19.681.776,47	11.895.004,57	0,00	490.198.909,92	179.029.477,98	164.584.473,41
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	827.591,28	0,00	206.383,51	621.207,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	621.207,77	827.591,28
3. Beteiligungen	15.108.764,93	0,00	0,00	15.108.764,93	2.140.809,66	3.722.810,27	0,00	0,00	5.863.619,93	9.245.145,00	12.967.955,27
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	5.000.000,00	0,00	3.000.000,00	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.000.000,00	5.000.000,00
	667.932.967,64	22.231.776,47	3.206.383,51	686.958.360,60	484.552.947,68	23.404.586,74	11.895.004,57	0,00	496.062.529,85	190.895.830,75	183.380.019,96
	669.368.255,57	22.376.711,47	3.221.166,28	688.523.800,76	485.537.727,41	23.518.378,53	11.895.004,57	11.908,34	497.149.193,03	191.374.607,73	183.830.528,16

## **Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)**

### **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012**

Die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist für ihr Beteiligungsportfolio und dessen strategische Steuerung und Koordination tätig. Das Beteiligungsportfolio der SWH erstreckt sich auf die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität und kommunalnahe Services.

Die Organisation der SWH gliedert sich in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Projektentwicklung, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash-Pool). Im Jahr 2012 waren durchschnittlich 75 Mitarbeiter beschäftigt.

#### **1. Veränderungen im Unternehmen**

##### **1.1. Personalbereich**

Mit dem Übergang von Mitarbeitern des Personalbereichs der HAVAG zum Personalbereich der SWH wurde das Projekt der Zentralisierung von personalwirtschaftlichen Ressourcen auf Ebene der Holding erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich zu der damit intendierten Nutzung von operativen Effizienzvorteilen für die gesamte SWH-Gruppe liegt der Schwerpunkt des zentralen Personalbereiches in der an den strategischen Zielen der Gruppe ausgerichteten Entwicklung und Förderung von Nachwuchskräften (Talentpool) und in der damit korrespondierenden Führungskräfteentwicklung.

##### **1.2. Führungsstruktur**

Im Anschluss an die im Vorjahr vollzogene Umstrukturierung des Beteiligungsportfolios der SWH in die Geschäftsfelder „Energieversorgung und Energieeffizienzdienstleistungen“ (kurz: Energie), „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe“ (kurz: Wasser und Entsorgung), „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik“ (kurz: Mobilität) und „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“ (kurz: Services) wurde im Geschäftsjahr mit der Neubesetzung der Geschäftsführungen in den Geschäftsfeld-Führungsgesellschaften begonnen und im ersten Quartal des Jahres 2013 abgeschlossen.

Die EVH GmbH als Geschäftsfeldführungsgesellschaft für das Geschäftsfeld Energie wird zukünftig von Herrn Olaf Schneider geleitet. Herr Jörg Schulze ist als neuer Geschäftsführer der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für das Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung verantwortlich, während das Geschäftsfeld Mobilität vom neuen Vorstand der Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG), Herrn Vinzenz Schwarz, geführt wird.

Im Zuge der vorgenannten Änderungen in der Führungsstruktur ist Herr François Girard aus der Geschäftsführung der SWH ausgeschieden.

### 1.3. Unternehmensentwicklung

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2013 hat die neue Struktureinheit Unternehmensentwicklung der Holding ihre Arbeit aufgenommen. Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung bildet die Koordination und Umsetzung von operativen und strategischen Projekten der SWH-Gruppe und von gemeinsamen Projekten mit der Stadt Halle (Saale).

## 2. Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozent. Damit lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: + 4,0 Prozent, 2011: +3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit dem Jahr 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozent-Punkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozent-Punkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Bereits zum dritten Mal in Folge war in der Stadt Halle (Saale) ein Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von Ende 2010 bis zum Ende 2011 betrug 808 Einwohner.

### 2.4. Umfeldentwicklungen

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe sind sachlich und räumlich in unterschiedlichen Märkten tätig. Die Märkte weisen wegen fortgesetzt hoher Wettbewerbsintensitäten, steigendem Erlös- und Kostendrucks sowie hoher Qualitätsanforderungen vergleichbare Entwicklungsmuster auf.

Außerdem haben die Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten weiterhin eine hohe Relevanz für die Erfolgsposition der Stadtwerke-Gruppe. In erster Linie bezog sich dieses auf die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig hätten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe bedeutenden Einfluss auf die Kostenentwicklung der Gruppe bei geringeren Preiswältigungsspielräumen aufgrund der höheren Wettbewerbsintensität.

Besonderes Augenmerk galt der Entwicklung in der Stromerzeugung. Wegen der EEG-Förderung nahm der Anteil regenerativer Energieträger und wegen des rapiden Preisverfalls bei CO<sub>2</sub>-Zertifikaten der Anteil der Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung zu. In Folge dessen gerieten Gaskraftwerke unter Ertragsdruck.

Zusätzlich zu den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, welche weiterhin auf eine vollständige Finanzierung der Zuschuss- und Verlustbetriebe aus Eigenmitteln der Gruppe abzielen.

## 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Stadtwerke Halle GmbH schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss (nach Steuern) von 0,2 Mio. € ab. Das Ergebnis lag leicht unter den Erwartungen der Planung, war jedoch wesentlich von einmaligen Effekten beeinflusst.

Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 konnte die SWH zum dritten Mal in Folge den Finanzierungsbedarf für den ÖPNV aus eigener Kraft, d.h. ohne Inanspruchnahme städtischer Haushaltsmittel, sicherstellen.

### 3.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 3,3 Mio. € und erstreckten sich im Wesentlichen auf Weiterberechnungen gegenüber Tochterunternehmen für Managementleistungen, Personalmanagement- und Revisionsleistungen. Der Anstieg zum Vorjahr war hauptsächlich Folge der weiteren Zentralisierung von Serviceleistungen auf Ebene der Holding.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 13 Mio. €. Hintergrund des zum Vorjahr markanten Anstieges waren hauptsächlich die Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen zur Optimierung der Ertragslage der HWS führten zu Ergebnisverbesserungen bei gleichzeitiger Stabilität der Preise. Die im Jahr 2009 vorgenommene Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes konnte somit aufgeholt werden.

Der Anstieg im Vorjahresvergleich um 0,9 Mio. € beim Personalaufwand war im Wesentlichen auf die weitere Zentralisierung des Personalbereiches in der Holding und zudem auf Tariferhöhungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen betrafen die Geschäftsausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vorjahresvergleich deutlich um 12,5 Mio. €. Hintergrund dieses Anstieges war die Wertberichtigung von Forderungen der SWH gegenüber dem mit VNG geführten Gemeinschaftsunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT). Anders als geplant, konnte die KWT die erneuerte Gasturbinenanlage im Jahr 2012 noch nicht in Dauerbetrieb nehmen, weshalb Erträge aus der KWK-Förderung ausblieben. Dieses führte zu Liquiditätsengpässen, welche durch Maßnahmen der Gesellschafter geschlossen wurden. Die Maßnahmen greifen zunächst für die nächsten beiden Folgejahre. Nach diesem Zeitraum ist die Ertragslage der KWT von der Margenentwicklung in der Stromerzeugung abhängig. Mit Wertberichtigungen wurden zukünftig nicht auszuschließende Risiken nach Maßgabe des kaufmännischen Vorsichtsprinzips bereits im Jahresabschluss 2012 zugunsten zukünftiger Geschäftsjahre antizipiert.

Die Erträge aus Beteiligungen resultierten hauptsächlich aus Ausschüttungen der A/V/E und der Trianel.

Die aus Gewinnabführungsverträgen erzielten Erträge erreichten im Geschäftsjahr 2012 35,8 Mio. € und lagen um 2,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Über den Erwartungen liegende Ergebnisabführungen erreichten die EVH und die HWS. Der Vorjahreswert ist von Einmaleffekten bei der HAVAG mit einem Jahresüberschuss von 3,0 Mio. € beeinflusst.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens waren bei HAVAG und KWT erforderlich. Die von der SWH als verdeckte Einlage in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 19,7 Mio. € wurden in voller Höhe abgeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr (21,0 Mio. €) konnte der Betriebskostenzuschuss gesenkt werden.

Das Zinsergebnis verringerte sich leicht um 0,4 Mio. €. In Folge der längeren Fristigkeit gingen die Darlehenszinsen weniger zurück als die Ertragszinsen aus zumeist kurzfristiger Anlage.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultierten im Wesentlichen aus der Übernahme der Verluste der Hafen Halle GmbH und der HAVAG.

### 3.2. Vermögenslage und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Stadtwerke verringerte sich im Vorjahresvergleich um 30,1 Mio. € auf 283,0 Mio. €.

#### 3.2.1. Aktiva

Das Anlagevermögen stieg um 7,5 Mio. €, was hauptsächlich auf die Anpassung der Bewertungsansätze für die HWS zurückzuführen ist.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen hauptsächlich die Forderungen aus Ergebnisabführungen gegen die in die ertragsteuerliche Organschaft einbezogenen Tochterunternehmen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit den Ergebnisveränderungen der Tochterunternehmen. Die Wertpapiere waren zum Stichtagswert auszuweisen.

Die Bankguthaben ergaben sich hauptsächlich aus den Stichtagsguthaben der im Cash-Pool einbezogenen Tochterunternehmen und der SWH. Der Rückgang zum Vorjahr spiegelte die Gesamtliquidität der Gruppe wider.

#### 3.2.2. Passiva

Das Eigenkapital der Gesellschaft stieg leicht in Höhe des Bilanzgewinns auf 173,0 Mio. €. In die anderen Gewinnrücklagen der Gesellschaft wurde der ausgewiesene Vorjahresgewinn in Folge der Thesaurierung eingestellt.

Die Rückstellungen der Gesellschaft stiegen deutlich gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Mio. € an. Maßgeblich hierfür waren die in den sonstigen Rückstellungen wirkenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der KWT.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stehen der Aufnahme eines Darlehens planmäßige Tilgungen gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten die zum Stichtag bei der Holding gebündelten Cash-Pool-Bestände der Tochterunternehmen, die hierüber jederzeit verfügen können. Der Rückgang der Verbindlichkeiten korrespondiert wesentlich mit der insgesamt geringeren Liquidität innerhalb des Cash-Pools.

In Folge der durch geringere Liquiditätsvorhaltung gesunkenen Bilanzsumme stieg die Eigenkapitalquote der Stadtwerke deutlich an. Im Vergleich zum Vorjahr (55,2 %) ergab sich eine Eigenkapital-Quote von 61,1 %.

#### 4. Finanz- und Risikomanagement

Die Gesellschaft hat sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Bei der SWH kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle, wie sie im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 zu verzeichnen waren, würden insofern zum Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles (bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds) führen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte seit dem Jahr 2008 – so auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 – eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagebeträgen.

In das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH sind alle wesentlichen Beteiligungsgesellschaften einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem einheitlichen System.

Gegenwärtig bestehen keine den Bestand der SWH gefährdenden Risiken.

#### 5. Chancen, Risiken und Ausblick

Die Stadtwerke Halle GmbH ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mittelbar mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen verbunden.

Die Geschäftsführung beurteilt die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft vor dem Hintergrund eines weiter anhaltenden bzw. steigenden Ertrags- und Kostendrucks in nahezu allen Geschäftsfeldern. Dieses wird weit überwiegend auf die weiter zunehmenden Wettbewerbsintensitäten zurückgeführt. Zudem werden in den wieder anziehenden Rohstoffpreisen sowie speziell in der Entwicklung der Energieerzeugung zu Ungunsten gasbefuehrter Anlagen die Vorboten eines weiter zunehmenden Margendrucks gesehen.

Der derzeitige energiewirtschaftliche Rechtsrahmen und die damit intendierte Absenkung der Marktzutrittsbarrieren bietet sowohl Chancen für das eigene überregionale Geschäft als auch Risiken aus einem erleichterten Markteintritt von Mitbewerbern im Stadtgebiet Halle (Saale).

Für das Geschäftsfeld Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe werden in den nächsten Jahren weitere Rückgänge der erlöswirksamen Mengen in den Sparten Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung wegen des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs und wegen des weiterhin sparsamen Verbrauchsverhaltens erwartet.

Darüber hinaus sind im Rahmen des Stadumbaus weitere Aufwendungen aus dem Rückbau und der Stilllegung von Anlagen nicht auszuschließen.

Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie die bestehenden beihilferechtlichen Regelungen führen ebenso wie die europäische Marktöffnung im Geschäftsfeld Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik zu absehbaren Wettbewerbsrisiken, welche weiterhin eine Anpassung der Kostenstrukturen an ein wettbewerbsfähiges Niveau erforderlich machen.

Die das Marktumfeld der SWH-Konzernunternehmen prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge bei der SWH führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzzusagen der SWH beeinflussen.

In Hinblick auf die vorgenannten Entwicklungen liegt der Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios auch zukünftig in der Identifikation unternehmensübergreifende Optimierungsmöglichkeiten und in der Entwicklung und Umsetzung daraus resultierender Maßnahmenpakete. Hierzu zählen sowohl konzerninterne Projekte und Maßnahmen als auch externe Kooperationen und Anteilserwerbe.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird von einem handelsrechtlichen Verlust von rund 6 Mio. € ausgegangen. Hintergrund sind voraussichtlich sinkende Ergebnisbeiträge des Geschäftsfeldes Energie als Folge der aufgezeigten Entwicklungen auf den Energiemärkten.

Halle (Saale), 22. April 2013

Die Geschäftsführung

Matthias Lux  
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

## Rechtliche und Wirtschaftliche Grundlagen

### Rechtliche Grundlagen

#### 1. Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Stadtwerke Halle GmbH
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Halle (Saale)
Handelsregister:	Eingetragen beim Amtsgerichts Stendal unter HRB 210568. Ein Handelsregisterauszug vom 19. Januar 2013 mit letzter Eintragung vom 06. Dezember 2012 lag uns vor.
Gegenstand des Unternehmens:	Kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen und Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich, Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) und die Ausübung der Geschäftsleitungsfunktion gegenüber den Beteiligungsgesellschaften.
Gesellschaftsvertrag:	vom 06. August 2009
Stammkapital:	€ 30.000.000,00 Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Halle (Saale).
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr

## 2. Organe und Beschlüsse

Organe der Gesellschaft:

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), Frau Szabados, vertrat im Berichtsjahr die Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung fasste nach den uns vorgelegten Unterlagen im Jahr 2012 folgende **Gesellschafterbeschlüsse**:

28. September 2012:	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Feststellung des Jahresabschlusses 2011</li> <li>- Einstellung des Bilanzgewinns 2011 in die anderen Gewinnrücklagen</li> <li>- Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2011</li> <li>- Billigung des Konzernabschlusses 2011</li> </ul>
---------------------	---

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2012 folgende Punkte behandelt:

18. Januar 2012: (außerordentliche Sitzung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zustimmung zur Neukonzeption der Beteiligungs- und Geschäftsfelderstruktur bzw. Leitungs- und Geschäftsführungsstruktur</li> </ul>
22. Februar 2012: (außerordentliche Sitzung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorbehaltlich eines Aufsichtsratsbeschlusses der EVH, Ermächtigung der Geschäftsführung in der Gesellschafterversammlung der EVH das Geschäftsführer-Anstellungsverhältnis von Herrn Müller-Urlaub nicht über das vertraglich vorgesehene Ende (28. Februar 2013) hinaus zu verlängern</li> <li>- keine Verlängerung des Anstellungsverhältnisses bei der HAVAG von Herrn Girard über das voraussichtliche Ende des Vertrages zum 30. November 2012 hinaus. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die Bestellung als Geschäftsführer bei der SWH widerrufen.</li> </ul>

29. März 2012:	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Aufsichtsrat stimmt einer Beschlussfassung für die RAB Halle GmbH zu, nach der der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von € 102.009,37 mit dem zum 31.12.2009 bestehenden Verlustvortrag und der danach zum 31.12.2010 noch bestehende Verlustvortrag in Höhe von € 1.222.092,58 im Rahmen der Gewinnverwendung für das Jahr 2010 in voller Höhe mit der Kapitalrücklage zu verrechnen ist.</li> <li>- Der Aufsichtsrat der SWH stimmt einer Beschlussfassung der Bäder Halle GmbH zu, die die Geschäftsführung in die Lage versetzt, mit der Stadt Halle einen Vertrag über die Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle, unter Vorbehalt der Kostendeckung, zu schließen</li> <li>- Beschluss über die Verlängerung des Vertrages mit Herrn Dr. Winfried Lauda als Liquidator der RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L. bis zur Eintragung des Erlöschens der Gesellschaft ins Handelsregister, längstens jedoch bis zum 30. März 2013</li> </ul>
28. Juni 2012:	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zustimmender Beschluss zur Optimierung der Unternehmensfinanzierung und zur Begebung von Schuldscheindarlehen durch die SWH entsprechend der Vorgaben des Aufsichtsrates</li> <li>- Zustimmender Beschluss, dass die Geschäftsführer der SWH in der Gesellschafterversammlung der HWS entsprechende Beschlüsse zum Abschluss eines Portfolioswap-Geschäfts fassen dürfen, soweit der Aufsichtsrat des HWS diesem ebenfalls zustimmt und die Vorgaben des Aufsichtsrates der SWH eingehalten werden.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"><li>- Genehmigung der Zustimmung der Geschäftsführung der SWH in der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH zu dem Abschluss der Konzessionsverträge Strom und Gas der EVH GmbH mit der Stadt Halle (Saale) mit einer Laufzeit von 20 Jahren, ab dem 01. Januar 2013</li><li>- Zustimmung zur / zu:<ul style="list-style-type: none"><li>• Feststellung der geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüsse 2011 der EVH, KWT, HWS, des Hafens, der BHG, TELONON, ITC, FTZ, RAB, SHS und der AWH</li><li>• Entlastung der Aufsichtsräte der EVH GmbH und der HWS GmbH für das Geschäftsjahr 2011</li><li>• Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2011 der EVH, KWT, HWS, des Hafens, der BHG, TELONON, ITC, FTZ, RAB, SHS und der AWH</li><li>• Vornahme einer Ausschüttung des Jahresüberschusses (€ 1.152.359,15) und Zuführung Gewinnvortrag (T€ 1.000) der AWH vorbehaltlich der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes an SWH</li><li>• Beschluss den Jahresfehlbetrag der KWT auf neue Rechnung vorzutragen</li></ul></li><li>- Ermächtigung der Geschäftsführung der SWH:<ul style="list-style-type: none"><li>• in der Hauptversammlung der HAVAG dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen (Aufhebung des Organvorbehalts zu diesem durch die Geschäftsführung gefassten Beschluss) und die BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer 2012 zu wählen</li><li>• in der Gesellschafterversammlung der RPL i. L. den Jahresabschluss 2011 festzustellen und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen</li></ul></li></ul>
--	--

	<ul style="list-style-type: none"><li>- Ermächtigung der Geschäftsführung der SWH und der HWS, in den Gesellschafterversammlungen:<ul style="list-style-type: none"><li>• der Maya mare den Jahresabschluss 2011 festzustellen und die Belastung der Kapitalkonten der Gesellschafter mit dem Jahresfehlbetrag im Verhältnis ihrer Anteile am Kommanditkapital zu beschließen</li><li>• den Geschäftsführungen Entlastung zu erteilen</li></ul></li><li>- Genehmigung der Ermächtigung der Geschäftsführung der EVH, in der Gesellschafterversammlung der EVH Netz den Jahresabschluss 2011 festzustellen und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen</li><li>- Empfehlung an die Gesellschafterin, den Jahresabschluss 2011 der SWH festzustellen, den Jahresüberschuss in die Gewinnrücklagen einzustellen und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen sowie den Konzernabschluss 2011 zu billigen und damit festzustellen</li><li>- Beschluss über den Bericht des Aufsichtsrates</li><li>- Zustimmung zum Vorhaben der Geschäftsführung der SWH, in der Gesellschafterversammlung der HWS eine Einlage in die Kapitalrücklage der HWS (T€ 2.100) zu beschließen</li><li>- Wahl der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2012 und des Konzernabschlusses 2012</li><li>- Ermächtigung der Geschäftsführung, durch Gesellschafterbeschluss die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2012 der HWS, HAVAG, EVH, Hafen, TELONON, FTZ, ITC, BHG, RAB, AWH, RES und SHS zu wählen</li></ul>
--	---

	<ul style="list-style-type: none"><li>- Ermächtigung der Geschäftsführung in den Gesellschafterversammlungen der KWT, SGS und RPL sowie der Netzgesellschaft Halle, Netzgesellschaft A 14, Maya mare, W+H, Cives und WER, Meter1 Verwaltung und Meter1, Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG GmbH zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2012 zu wählen</li><li>- Beschluss zur Änderung des Anstellungsvertrages der Geschäftsführerin Frau Annette Waldenburger bei der FTZ</li><li>- Beschluss zur Bestellung eines Geschäftsführers bei der FSA</li><li>- Beschluss zur Bestellung von zwei Geschäftsführern bei der W+H Wasser und Haustechnik GmbH nebst Abschluss der Anstellungsverträge</li><li>- Beschluss zur Ermächtigung des Aufsichtsrates der HAVAG, die Genehmigung der Nebentätigkeit von Prof. Dr. Krause (techn. Vorstand HAVAG) zu erteilen</li><li>- Zustimmung zum Abschluss eines Altersteilzeitvertrages mit dem Personalleiter der SWH</li></ul>
27. September 2012: (außerordentliche Sitzung)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Der Aufsichtsrat stimmt der Bestellung von Herrn Olaf Schneider mit Wirkung zum 01.01.2013 oder zu einem früheren Zeitpunkt, spätestens zum 01.04.2013, zum Geschäftsführer der EVH GmbH zu.</li><li>- Der Aufsichtsrat stimmt der Bestellung von Herrn Jörg Schulze mit Wirkung zum 01.01.2013 oder zu einem früheren Zeitpunkt, spätestens zum 01.04.2013, zum Geschäftsführer der HWS GmbH zu.</li></ul>

11. Oktober 2012:	<ul style="list-style-type: none"><li>- Der Aufsichtsrat stimmt zu, dass zu den Tochtergesellschaften der EVH keine regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat der SWH GmbH mehr erfolgt und dass die Geschäftsführung der SWH durch Gesellschafterbeschluss der EVH dem Aufsichtsrat der EVH aufgibt, künftig die Entscheidungen über die Wirtschaftspläne beziehungsweise die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften der EVH GmbH zu treffen.</li><li>- Der Aufsichtsrat stimmt zu, dass die Geschäftsführung der SWH GmbH der KWT GmbH zur Sicherstellung der Eigenmittelausstattung ein Gesellschafterdarlehen zu einem marktüblichen Zinssatz in Höhe von € 4,0 Mio. zur Verfügung stellt, sofern die VNG AG sich ebenfalls zur Gewährung eines nachrangigen Gesellschafterdarlehens in Höhe von € 4,0 Mio. an die KWT GmbH verpflichtet.</li><li>- Sollte die Sicherstellung der Eigenmittelausstattung der KWT GmbH gemäß Ziffer 1 dieses Beschlusses nicht erfolgen können, weil die VNG AG nicht zu einer Teilnahme an dieser Maßnahme bereit ist, stimmt der Aufsichtsrat bereits jetzt zu, dass die Geschäftsführung der SWH GmbH der KWT GmbH durch Zahlungen in Höhe von bis zu insgesamt € 4,0 Mio. die Liquidität zur Verfügung stellt, die erforderlich ist, um die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2012 zu verhindern, notfalls ohne die Zusage eines entsprechenden Beitrages durch die VNG AG.</li><li>- Der Aufsichtsrat stimmt dem Kauf von 20 % der Geschäftsanteile der Energie- Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbh (EWAG) zum Kaufpreis von € 250.000,00 zu und empfiehlt der Gesellschafterversammlung einen Gesellschafterbeschluss zu fassen, mit dem einem Kauf ebenfalls zugestimmt wird.</li></ul>
-------------------	--

06. Dezember 2012:

- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der EVH GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 30.752, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von T€ 27.000, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 8.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 463,1 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der Maya mare GmbH & Co. KG mit Investitionen über insgesamt T€ 320, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 700 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 84,9 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat stimmt der Zahlung eines aufwandswirksamen Betriebskostenzuschusses an die Maya mare GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2013 durch die SWH GmbH in Höhe von T€ 1.689,1 zu.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der HWS GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 25.228, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von T€ 9.700, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 10.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 593,3 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der ITC GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 420, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 500 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 175,9 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der Abfallwirtschaft GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 50, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von

- € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 5.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 44,4 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der Hafen Halle GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 540, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von T€ 1.400, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 5.500 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 30,0 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der TELONON Abwasserbehandlung GmbH mit Investitionen über insgesamt € 0,00, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis € 0,00 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 0 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH mit Investitionen über insgesamt 19 T€, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von 0,00 €, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis 2.000 T€ sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 7,0 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der KWT GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 10, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 5.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 0,0 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.
- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der SWH GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 5.705, der

	<p>Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von T€ 55.000, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 20.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 73,8 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Der Aufsichtsrat stellt, vorbehaltlich der Auswirkungen, die die Änderung des Wirtschaftsplanes 2013 der RAB Halle GmbH mit sich bringt und vorbehaltlich der nachfolgenden Bestätigung des Wirtschaftsplans der Bäder Halle GmbH den Wirtschaftsplan 2013 des Konzern mit Investitionen über insgesamt T€ 84.106, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von T€ 78.709, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 20.000 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 2.411 Mitarbeitern fest.</li><li>- Der Aufsichtsrat nimmt den Wirtschaftsplan 2013 der Bäder Halle GmbH mit Investitionen über insgesamt T€ 45, der Neuaufnahme von Bankdarlehen bis zur Höhe von € 0,00, der maximalen Beanspruchung der Kontokorrentkonten bis T€ 300 sowie einem jahresdurchschnittlichen Personalstand von 46,8 Mitarbeitern zustimmend zur Kenntnis.</li><li>- Der Aufsichtsrat stimmt einer Beschlussfassung für die AWH zu, die die Geschäftsführung in die Lage versetzt, in dem Rechtsstreit Abfallwirtschaft GmbH Halle Lochau / Halberg Leipzig Guss Produktions GmbH gegen das erstinstanzliche Urteil des LG Leipzig das berufsungsverfahren durchzuführen.</li></ul>
--	---

20. Dezember 2012: (außerordentliche Sitzung)	<ul style="list-style-type: none"><li>- Der Aufsichtsrat stimmt zu, dass die Geschäftsführung der SWH GmbH gegenüber der KWT GmbH den Rangrücktritt ihrer Forderungen aus dem gewährten Darlehen in Höhe von Mio. € 4,0 gegenüber sämtlichen Forderungen anderer Gläubiger in der Weise erklärt, dass Tilgung und Verzinsung der Darlehensforderung nur nachrangig nach allen anderen und nur aus sonstigem freien Vermögen verlangt werden können, unter der Voraussetzung, dass die VNG AG hinsichtlich ihrer Forderungen aus dem Gaslieferungsvertrag in gleicher Höhe ebenfalls einen solchen Rangrücktritt erklärt.</li></ul>

Die Zusammensetzung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates ergibt sich aus dem Anhang.

## 2. Unternehmensverbindungen

Die Gesellschaft stellt als Mutterunternehmen gemäß § 290 HGB einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012 auf. Zum Konsolidierungskreis verweisen wir auf unseren gesonderten Prüfungsbericht des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2012 der Stadtwerke Halle GmbH.

### a) Mehrheitsbeteiligungen

Die SWH ist an folgenden Unternehmen mehrheitlich beteiligt:

	%	%
Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)		100,0
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale)		100,0
EVH GmbH, Halle (Saale)		100,0
Hafen Halle GmbH, Halle (Saale)		100,0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale)		100,0
IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale)		100,0
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale)		100,0
WER - Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über HWS)		60,0
Cives Dienste GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über HWS)		100,0
W+H Wasser und Haustechnik GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über HWS)		100,0
Bäder Halle GmbH, Halle (Saale)		100,0
RAB Halle GmbH, Halle (Saale)		100,0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale)		100,0
Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über EVH)		100,0
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale), (mittelbar über EVH)		100,0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale)		100,0
Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
Komplementär: FTZ		
unmittelbar	82,4	
mittelbar über HWS	12,5	94,9
RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L., Schkopau		75,1
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über HAVAG)		51,0
Servicegesellschaft Saale GmbH, Halle (Saale), (mittelbar über HAVAG)		51,0

Zwischen der SWH und folgenden Tochterunternehmen bestehen **Beherrschungs- und / oder Ergebnisabführungsverträge:**

- Hallesche Verkehrs-AG
- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- Hafen Halle GmbH
- Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH
- RAB Halle GmbH
- TELONON Abwasserbehandlung GmbH
- IT-Consult Halle GmbH
- EVH GmbH

Aufgrund dieser Verträge ist die SWH als Organträgerin verpflichtet, eintretende Jahresfehlbeträge der Organgesellschaften zu übernehmen, andererseits sind die Organgesellschaften verpflichtet, erzielte Jahresüberschüsse an die Organträgerin abzuführen.

### b) Paritätische Beteiligungen

Die SWH ist mit 50 % am Stammkapital der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale), beteiligt und beeinflusst die Geschäfts- und Firmenpolitik gemeinsam mit der MIDEWA.

Die SWH ist mit 50 % am Stammkapital der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale), beteiligt und beeinflusst die Geschäfts- und Unternehmenspolitik gemeinsam mit der VNG AG.

### c) Minderheitsbeteiligungen

Die SWH hält unmittelbar Minderheitsbeteiligungen an folgenden Gesellschaften:

Unmittelbare Beteiligungen:

- A/V/E GmbH, Halle (Saale)
- Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra

Mittelbare Beteiligungen:

- Meter1 Verwaltung GmbH (über EVH GmbH)
- Meter1 GmbH & Co. KG (über EVH GmbH und Meter1 Verwaltung GmbH)
- Saalebus GmbH (über HAVAG)

Weitere mittelbare und unmittelbare Minderheitsbeteiligungen bestehen an:

- M-EXCHANGE AG, Frankfurt am Main
- TRIANEL GmbH, Aachen
- ENERGIEUNION GmbH, Schwerin
- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (über HAVAG)
- Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (über HAVAG)
- HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i.L., Halle (Saale)

### 3. Wichtige Verträge

#### a) Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag

Zwischen der Stadt Halle (Saale), der HAVAG und der SWH (Rechtsvorgänger: VVV) wurde am 30. März 2001 ein Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV) geschlossen, der die finanzielle Absicherung der HAVAG bei der Leistungserbringung im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs zum Gegenstand hat.

Der Vertrag regelt die Höhe und Zahlung zweckgebundener Betriebskostenzuschüsse und des Aufwandsersatzes für die Instandhaltung der Infrastruktur der HAVAG. Die Zahlungen erfolgen im Wege der Einlage entsprechender Zuschüsse von der SWH in die HAVAG. Entsprechende Einlagen werden gemeinsam von der SWH und von der Stadt Halle (Saale) aufgebracht.

Am 17. August 2007 wurde die erste Änderung des VBFV geschlossen. Diese Änderung des VBFV regelt das Verhalten der Ermittlung der Zuschussbedarfe, deren Zahlungsweise, Fortschreibung, Begrenzung, Änderung und Überprüfung der Zuschüsse und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht zuvor unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt wird, längstens bis zum 31. Dezember 2021. Die nach dieser Vereinbarung über die erste Änderung des VBFV zu zahlenden Zuschüsse zuzüglich der zu berücksichtigenden Einnahmen der HAVAG dürfen bei

dieser nur die Kosten ausgleichen, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen für die Erbringung der Verkehrsleistungen nach dieser Vereinbarung verbrauchen würde.

#### b) Verträge zum Anteilserwerb Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

##### 1. Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag

Die SWH hat zusammen mit der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH eine gemeinsames am 21. Juni 2004 notariell beurkundetes Angebot zum Erwerb von jeweils 50 % der Geschäftsanteile an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH abgegeben, welches von der Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt Anstalt des öffentlichen Rechts am 22. Juli 2004 durch notarielle Annahmeerklärung angenommen wurde.

##### 2. Vereinbarung zur Übernahme des Kaufpreises für den Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

Die SWH hat am 22. Dezember 2004 mit der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH eine Vereinbarung über die Aufbringung des Gesamtkaufpreises für die vorgesehenen Anteile geschlossen. Diese Vereinbarung enthält ferner Regelungen über die zukünftig von der SWH an die MIDEWA beim Eintreten bestimmter Bedingungen zu erbringende Kaufpreisausgleichszahlung.

##### 3. Konsortialvertrag

Am 26. Januar 2005 wurde ein Konsortialvertrag zwischen der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH und der SWH mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2029 geschlossen.

#### c) Kauf- und Abtretungsvertrag Geschäftsanteil AWH

Mit notariellem Vertrag vom 16. Dezember 2009 hat die SWH den Geschäftsanteil an der AWH im Nennwert von T€ 25 von der Stadt Halle (Saale) erworben.

Mit der Stadt Halle (Saale) wurde vereinbart, dass die SWH die Geschäftsführung der AWH anhalten wird, bei der zuständigen Behörde darauf hinzuwirken, dass die Rekultivierungsanordnung so fortgeschrieben wird, dass die im Rahmen des Stilllegungskonzepts für den Drehpunkt des ehemaligen Tagebaus vorgesehenen Maßnahmen durch preisgünstigere Maßnahmen ersetzt werden. Sofern durch die zuständige Behörde die in der Rekultivierungsanordnung vorgesehenen Maßnahmen durch preisgünstigere Maßnahmen ersetzt werden, wird die SWH die Stadt Halle (Saale) an den Einsparungen durch die Umsetzung eines preisgünstigeren Stilllegungskonzepts durch Zahlung von insg. höchstens Mio. € 10 beteiligen. Die Zahlung erfolgt in fünf Jahresraten, jeweils zum 31. Dezember eines Jahres, beginnend mit dem 31. Dezember des Jahres, in dem die von der zuständigen Behörde genehmigte Decklungsrechnung vorliegt, die die preisgünstigere Maßnahme berücksichtigt. Die Jahresrate beläuft sich auf 20 % der Einsparung, die sich aus der fortgeschriebenen und vom Landesverwaltungsamt genehmigten Decklungsrechnung ergibt, höchstens auf Mio. € 2. Im Jahr 2011 wurde durch das Landesverwaltungsamt keine derartige Berechnung vorgenommen. Die Festlegung der durchzuführenden Maßnahmen ist noch nicht endgültig abgeschlossen.

#### d) Mietvertrag Büro- und Verwaltungsgebäude zwischen der BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Verwaltungsgebäude Halle KG (BIL), SWH und EVH

Die SWH und die EVH haben gemeinsam (als Mieter) mit der BIL (als Vermieter) am 04. November 1996 einen Vertrag über die Vermietung eines Grundstückes in Halle, Bornknechtstraße, mit dem darauf zu errichtenden Büro- und Verwaltungsgebäude geschlossen. Der letzte Nachtrag erfolgte im Jahr 2010.

Die BIL vermietet der SWH sowie der EVH das bezeichnete Mietobjekt, jedoch ohne die Tiefgarage im ersten Untergeschoss, für die Dauer von 20 Jahren, beginnend mit der Übernahme durch den Mieter am 01. Juli 1998.

#### e) Vertrag zur Regelung des Gemeinschaftsverhältnisses Büro- und Verwaltungsgebäude Bornknechtstraße 5 mit der EVH

Zwischen der SWH und der EVH liegt der Entwurf eines Vertrages vor. Dieser regelt das zwischen beiden Gesellschaften durch den Mietvertrag über das Büro- und Verwaltungsgebäude begründete Gemeinschaftsverhältnis.

Insbesondere wird in § 5 des Vertrags geregelt, dass der zu zahlende Mietzins (inkl. Nebenkosten) von den Nutzern gemäß dem Verhältnis der genutzten Räumlichkeiten zu tragen ist.

Gemäß § 2 des Vertrages ist eine Untervermietung mit Zustimmung des anderen Nutzers möglich. Auskunftsgemäß werden die vertraglichen Regelungen grundsätzlich erfüllt.

#### f) Verwaltungsvertrag mit der EVH

Der Verwaltungsvertrag bezüglich des Büro- und Verwaltungsgebäudes zwischen der SWH und der EVH wurde am 17. Dezember 1999 / 14. Januar 2000 unterzeichnet. Mit diesem Vertrag überträgt die Nutzungsgemeinschaft (SWH und EVH) die Verwaltung des Gebäudes an der EVH.

Gemäß § 3 des Vertrages erhält die EVH als Verwalter die für die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten erbrachten Aufwendungen ersetzt (inkl. anteilige Mietkosten, Mietnebenkosten, Betriebskosten).

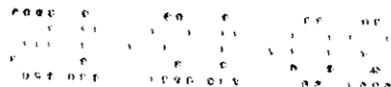
#### g) Cash-Pool-Vereinbarungen

Die SWH hat zur Bildung eines Cash-Pools mit folgenden Gesellschaften Vereinbarungen getroffen: EVH, HWS, Hafen, KWT, TELONON, W + H, ITC, Maya mare, WER, EVH Netzgesellschaft Halle, Cives, RAB, HAVAG, AWH, BHG, SHS und Netzgesellschaft A 14.

Der Cash-Pool wurde mit dem Ziel der Optimierung der Liquiditätssteuerung durch Vermeidung von gleichzeitigen Soll- und Habensalden der beteiligten Konten und zentraler Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsaufnahmen bzw. -anlagen der teilnehmenden Gesellschaften durch die SWH als Cash-Pool-Führer gebildet. Über den Cash-Pool soll die gesamte Betriebsmittelfinanzierung der teilnehmenden Gesellschaften abgewickelt werden. Dazu werden den Gesellschaften Kreditlinien eingeräumt.

Die Verzinsung der Salden erfolgt mit dem EONIA. Eine Abgeltung der der SWH als Cash-Pool-Führer entstehenden Kosten erfolgt mittels eines Zu- und Abschlags auf den EONIA.

#### h) Konzernrevision



Die HWS sowie die EVH einschließlich der Tochtergesellschaften haben seit dem Jahr 2006 und die HAVAG seit dem Jahr 2011 die Aufgaben der internen Revision auf die SWH übertragen.

#### i) Übernahme von Personalmanagement-Leistungen

Ab dem Jahr 2011 hat die SWH Personalmanagement-Leistungen in unterschiedlicher Ausprägung für die Konzerngesellschaften übernommen.

#### j) Erbringung von Leistungen des Referats „Recht“

Nach der EVH nimmt ab dem Jahr 2011 auch deren Tochtergesellschaft Netzgesellschaft Halle Beratungsleistungen vom Referat „Recht“ der SWH in Anspruch.

#### k) Abrechnung Geschäftsführerleistungen

Mit der EVH, der HWS und der HAVAG wurden Vereinbarungen zur Weiterbelastung von anteiligen Personalkosten der Geschäftsführer geschlossen.

### 5. Versicherungsschutz

Die Gesellschaft hat zur Abdeckung folgender Risiken auskunftsgemäß die nachfolgenden Versicherungsverträge abgeschlossen:

- All-Risk-Versicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
- Industriestrafrechtsschutzversicherung
- Vermögensschadenhaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung)  
und Vertrauensschadenversicherung
- Gruppenunfallversicherung

Die Angemessenheit des Versicherungsschutzes und seine Vollständigkeit waren nicht Gegenstand unserer Prüfung.

### 6. Steuerliche Verhältnisse



Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Halle (Saale)-Nord geführt. Steuerberater der Konzernunternehmen – mit Ausnahme der HAVAG – ist die Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Halle (Saale).

Für Zwecke der Besteuerung erstellt die Gesellschaft eine gesonderte Steuerbilanz.

Die steuerliche Veranlagung ist für den Veranlagungszeitraum 2001 endgültig und für die Veranlagungszeiträume von 2002 bis 2009 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt.

Mit Schreiben vom 11. Oktober 2007 erging durch das Finanzamt Halle (Saale)-Nord eine Prüfungsanordnung an die VVV und die SWH (alt) für folgende Steuerarten und Zeiträume, die mit Schreiben vom 29. August 2008 hinsichtlich der zu prüfenden Zeiträume erweitert wurden:

- |  |                            |
|--|----------------------------|
| - Körperschaftsteuer   | 2002 bis 2006              |
| - Umsatzsteuer   | 2002 bis 2006              |
| - Gewerbesteuer  | 2002 bis 2006              |
| - gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen<br>gemäß § 27 Abs. 2, § 28 Abs. 1 Satz 3, § 37 Abs. 2 und<br>§ 38 Abs. 1 KStG | 31.12.2002 bis 31.12.2006. |

Im August 2011 wurde durch das Finanzamt Halle (Saale)-Nord eine Umsatzsteuer-Sonderprüfung für die Organgesellschaft HWS betreffend die Jahre 2007 bis 2009 sowie Dezember 2010 durchgeführt. Die Feststellungen betrafen Periodenverschiebungen für Umsatzsteuerkorrekturen zzgl. Zinsen.

Mit Schreiben vom 16. Oktober 2012 wurde vom Finanzamt Halle (Saale)-Nord eine steuerliche Außenprüfung für die Jahre 2007 bis 2010 für die Stadtwerke Halle GmbH sowie für die Stadtwerke Halle GmbH als GRN der Stadtwerke Halle GmbH (alt) angeordnet. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Steuerarten und Zeiträume:

- Körperschaftsteuer	2007 bis 2010
- Gewerbesteuer	2007 bis 2010
- Umsatzsteuer	2007 bis 2010
- Kapitalertragsteuer	2007 bis 2010
- gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 27 Abs. 2, § 28 Abs. 1 Satz 3, § 37 Abs. 2 und § 38 Abs. 1 KStG	31.12.2007 bis 31.12.2010
- Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags zur KSt	31.12.2007 bis 31.12.2010
- Feststellung des vortragsfähigen Gewerbeverlustes	31.12.2007 bis 31.12.2010

Bisher liegen zwei Prüfungsanfragen vor. Prüfungsfeststellungen sind noch nicht getroffen worden.

Am 18. Oktober 2012 ist vom Finanzamt Halle (Saale)-Nord eine Lohnsteueraußenprüfung für den Zeitraum April 2009 bis September 2012 angeordnet worden, welche auf Antrag der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH bis einschließlich 31. Dezember 2012 erweitert wurde.

Prüfungsfeststellungen lagen zur Zeit unserer Prüfung noch nicht vor.

Im Geschäftsjahr 2012 bestand zwischen der SWH (Organträger) und folgenden Tochterunternehmen (Organgesellschaften) eine steuerliche Organschaft:

#### Organschaft hinsichtlich der Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer

- Hallesche Verkehrs-AG
- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- Hafen Halle GmbH
- TELONON Abwasserbehandlung GmbH
- IT-Consult Halle GmbH
- EVH GmbH
- Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH
- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (mittelbar über Organträger HWS)
- Energieversorgung Halle Netz GmbH (mittelbar über Organträger EVH)
- Cives Dienste GmbH (mittelbar über Organträger HWS)
- RAB Halle GmbH

#### Organschaft hinsichtlich der Umsatzsteuer

Im Geschäftsjahr 2012 gehören dem Organkreis neben dem Organträger SWH folgende Gesellschaften an:

- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- TELONON Abwasserbehandlung GmbH
- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (mittelbar über Organträger HWS; bis 30. Juni 2012)
- Hafen Halle GmbH